

EINWOHNERRAT

Protokoll

Der 28. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 21. Januar 2015
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.55 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Jürg Vogt, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Franz Vogt
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Rahel Balsiger Sonjic, Peter Brack, Mario, Elser, Patrick Kneubühler,
Florian Spiegel

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 31 Anwesende = 21
18.10 Uhr 32 Anwesende = 22
18.20 Uhr 33 Anwesende = 22
19.40 Uhr 34 Anwesende = 23

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Ersatz-Mitglied in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**,
anstelle der zurückgetretenen Susan Vogt, FDP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4218
 2. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente**,
anstelle der zurückgetretenen Susan Vogt, FDP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4219
-

3. Bericht des Gemeinderates vom 19.11.2014, betreffend
Kostenrechnung wie weiter?
Globalbudget / Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 3895E

4. Bericht des Gemeinderates vom 05.11.2014, betreffend
Abrechnung über den Verpflichtungskredit in der Höhe von
CHF 1'326'000.00 inkl. MWST für den Neubau
des Einfachkindergartens „Ziegelei“
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4061D

5. Bericht des Gemeinderates vom 17.09.2014, zum Postulat
von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler und Nedim Ulusoy,
GLP/BDP-Fraktion, vom 20.03.2013, betreffend **Bedürfnis- und**
Umsetzungsabklärung im Bereich Palliativmedizin bzw.
Palliative Care in der Gemeinde Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4132 / A

6. Interpellation von Kathrin Gürtler, Jürg Vogt, Rahel Balsiger Sonjic,
Markus Gruber und Susan Vogt, FDP-Fraktion, vom 14.04.2014, betreffend
In Sachen Finanzausgleich
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4188 / A

7. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 18.06.2014, betreffend
Familienergänzende Betreuung mit Famex-Kürzungen
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4199 / A

8. Motion von Matthias Häuptli, Jérôme Mollat und Jaqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion,
vom 12.11.2014, betreffend **Transparenz im Stellenplan**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4213

9. Postulat von Ueli Keller, Grüne Allschwil, vom 03.05.2014, betreffend
günstigere Rahmenbedingungen für Tageskindergärten und Tagesschulen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4189

10. Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion,
vom 28.09.2014, betreffend **Unternehmerbeiträge für Aufgaben der Gemeinde**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4207

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 27 vom 11. Dezember 2014

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Jürg Vogt

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Jürg Vogt, Präsident: Ich begrüsse Sie zur Januarsitzung des Einwohnerrates.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Zuerst habe ich eine traurige Mitteilung. Wie Sie bereits mitgeteilt erhalten haben, ist Frau Hecklin verstorben, unsere Einwohnerratskollegin.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Beatrice Hecklin, 3. Dezember 1954 – 08. Januar 2015. Die SP Allschwil und der Einwohnerrat trauern über den Tod unserer Rats- und Fraktionskollegin Beatrice. An deinem Platz liegt heute ein Foto. Leider hat dich deine Krankheit doch noch besiegt und du hast uns kurz nach dem 60. Geburtstag verlassen. Du wirst uns fehlen Bea. Wir danken dir an dieser Stelle für dein Engagement als Mitglied in der Besoldungskommission, als Mitglied in der Sozialhilfebehörde und als Einwohnerrätin. Als Vorstandsfrau in der Frauenliste Basel FraB und im Vpod hast du dich immer wieder aktiv für Frauenanliegen eingesetzt. Dabei hast du klar Stellung gegen Fremdenhass, Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber Menschen, Umwelt und Tiere bezogen. Wir werden dich in guter Erinnerung behalten. Danke Bea.

Jürg Vogt, Präsident: Danke für diese ergreifenden Worte. Ich bitte den Rat kurz aufzustehen für eine Gedenkminute.

Frau Susan Vogt tritt aus dem Einwohnerrat aus. Für sie ist heute bereits Andreas Bärtsch hier. Ich gratuliere Andreas Bärtsch zu dieser Wahl und wünsche ihm viel Glück und Freude im Einwohnerrat. Die erste Vizepräsidentin liest das Austrittsschreiben von Susan Vogt vor.

Pascale Uccella-Klauser, 1. Vizepräsidentin: Rücktritt aus dem Einwohnerrat. Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Hiermit trete ich per 31. Dezember 2014 aus dem Einwohnerrat zurück. Ich bitte Sie hiermit freundlichst die folgenden Worte an der ersten Einwohnerratssitzung am 21. Januar 2015 zu verlesen. Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin per Ende Dezember 2014 aus dem Einwohnerrat ausgetreten. Der zu kleine persönliche politische Spielraum, ausgelöst durch den familiären Interessenkonflikt, Einwohnerrat Gemeinderat, ist nur einer meiner Gründe für meinen Rücktritt. Zudem habe ich festgestellt, dass ich mit meiner Arbeit hinter der politischen Bühne mehr erreichen kann als durch die reine Parlamentsarbeit. Es freut mich, dass bei der FDP-Fraktion die nächste Generation schon bereit steht, um dem Einwohnerrat mit neuen aber hoffentlich mehrheitsfähigen Vorstössen frischen Wind zu bringen. Ich bleibe sicherlich politisch aktiv als FDP-Vorstandsmitglied und Geschäftsstellenleiterin. Auch möchte ich mich weiterhin dafür

einsetzen, dass unsere Jungbürger an die Urne gehen und ihr Interesse für die Politik geweckt wird. Mein Nachfolger heisst Andreas Bärtsch, ist 42 Jahre alt und von Beruf dipl. Bauingenieur. Er ist für die FDP im Bauausschuss und im Stiftungsrat Alterszentrum am Bachgraben tätig. Ich wünsche Andreas und euch konstruktive Einwohnerratssitzungen und danke meinem kollegialen FDP-Fraktionsteam und euch allen für die vielen verschiedenen Erfahrungen, die ich machen durfte. Liberale Grüsse Susan Vogt.

Jürg Vogt, Präsident: Am 07. Februar ist der Musikabend Schönenbuch. Die Musikgesellschaft Concordia lädt alle herzlich dazu ein.

Ich habe noch eine Mitteilung von Frau Balsiger, Präsidentin der Reglementscommission. Sie musste sich für heute leider krankheitshalber entschuldigen. Sie hat mir noch mitgeteilt, dass sie bezüglich Geschäftsreglement noch nicht von allen Fraktionen die Rückmeldungen erhalten hat. Damit sie weiter arbeiten können in der Reglementscommission, ist sie dringend darauf angewiesen, dass sie die Stellungnahmen möglichst bald hat. Wenn eine Fraktion nichts zu ergänzen oder zu ändern hat, dann sollen sie das bitte möglichst heute Abend noch Frau Balsiger mitteilen.

Sie haben verschiedene Vorlagen vor sich. Zwei Postulate der EVP liegen auf. Es gibt eine dringliche Motion der SP-Fraktion.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Wir bitten Sie die Dringlichkeit zuzulassen, damit eine rasche Entscheidung gefällt werden kann, ob die Planungsarbeiten für den Lindenplatz weitergeführt werden können, so wie das der Wunsch ist der Petition mit 500 Unterschriften, und von den 40 Leuten, die am Workshop mitgemacht haben, und wie der Hauptabteilungsleiter Umwelt und Tiefbau dies den Workshopteilnehmern auch versprochen hat. Ich hoffe, Sie stimmen der Dringlichkeit zu.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir hatten im Gemeinderat heute Nachmittag das Thema Lindenplatz auf dem Tisch. Wir sind bereit, diese Motion entgegenzunehmen. Weil es dringlich ist, können wir auch heute Abend bereits etwas dazu sagen.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen über die Dringlichkeit ab, es braucht ein Zweidrittelsmehr.

://:

Die dringliche Motion wird mit 20 Ja, 11 Nein und 1 Enthaltung, nicht überwiesen. Das Zweidrittelsmehr wäre 22 gewesen.

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es Ergänzungen oder Änderungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall, somit ist die Traktandenliste genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Ersatz-Mitglied in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen Susan Vogt, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4218

Jürg Vogt, Präsident: Mir liegt von der FDP-Fraktion ein Wahlvorschlag für Andreas Bärtsch vor. Gibt es andere Vorschläge? Ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit ist Herr Bärtsch gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Gemeindeordnung und – reglemente,
anstelle der zurückgetretenen Susan Vogt, FDP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4219

Jürg Vogt, Präsident: Mir liegt von der FDP-Fraktion der Wahlvorschlag Andreas Bärtsch vor. Gibt es weitere Vorschläge? Ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit ist Herr Bärtsch gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 19.11.2014, betreffend
Kostenrechnung wie weiter?
Globalbudget / Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 3895E

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Bitte erlauben Sie mir zum Traktandum Kostenrechnung wie weiter ein paar Ausführungen zur Vorgeschichte. Die Kosten-/Leistungsrechnung und die wirkungsorientierte Verwaltungsführung sind in Allschwil seit den 90er-Jahren ein Thema. In den Anfängen hat dies noch Allschwil Wirkungsorientiert geheissen. Im 2009 hat der Einwohnerrat beschlossen, auf die Kosten-/Leistungsrechnung in den Jahren 2010 – 2012 zu verzichten, um während dieser Zeit die Kosten-/Leistungsrechnung neu aufzustellen. Man hat dann den Produkteplan, den Kostenstellenplan und die Kennzahlen verabschiedet. Der Einwohnerrat hat im 2013 den Beschluss gefasst, die neue Kostenrechnung per 1. Januar 2014 einzuführen und die Leistungsrechnung per 1. Januar 2017 einzuführen. Im Oktober 2013 hat der Gemeinderat aufgrund der fehlenden Personalressourcen das Einwohnerratsgeschäft Anpassung Steuerungsinstrument mit einem Kreditantrag von CHF 180'000 zurückgenommen und das Projekt sistiert, Sie erinnern sich. Gleichzeitig hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat und den Hauptabteilungsleitenden die Möglichkeit gegeben, sich an einer Informationsveranstaltung zum Thema WoV zu informieren. An dieser Informationsveranstaltung haben nebst Referenten aus den Gemeinden Riehen, Basel-Stadt und Reinach Baselland auch die Abteilung Gemeindefinanzen unseres Kantons teilgenommen und dazu Ausführungen gemacht. Auch unser damaliger Gemeindeverwalter hat zum Thema Ausführungen gemacht. An dieser Veranstaltung wurde vieles klar. Aus dem Votum unseres Gemeindeverwalters ging klar hervor, dass bei der Revision der Kosten-/Leistungsrechnung ab 2013 ein konzeptioneller Paradigmenwechsel stattgefunden hat. Man hat das Konzept grundlegend geändert. Bis im 2013 war angedacht, dass die Kosten-/Leistungsrechnung in Allschwil lediglich neben der Finanzbuchhaltung als zusätzliche Informations- und Entscheidungsquelle dienen soll. Für die finanzielle Steuerung und das Rechnungswesen soll nach wie vor das harmonisierte Rechnungslegungsmodell die Basis bilden. Nach 2013 und nach der Konzeptänderung wurde das Projekt Kosten-/Leistungsrechnung auf die Einführung eines Globalbudgets ausgerichtet. Damit war angedacht, dass die Kosten-/Leistungsrechnung neu die Basis für die finanzielle Steuerung der Einwohnergemeinde Allschwil darstellen soll. Bei dieser Konzeptänderung wurde leider unterlassen, Grundlagen für diesen Grundsatzentscheid zu erarbeiten. Der Richtungswechsel wurde ohne umfassende Analyse und ohne gemeinsame und von allen Beteiligten akzeptierte Zieldefinition vorgenommen. Genau dies möchte der Gemeinderat nachholen, bevor wir gemeinsam in Richtung WoV weitergehen oder allenfalls entscheiden, einen anderen Weg zu gehen.

Sie haben im Bericht gesehen, dass die Einführung des Globalbudgets und damit WoV verschiedene Grundelemente voraussetzt. Diese Grundelemente müssen zuerst erarbeitet werden. In der Regel gilt für die Einführung von WoV zuerst die Leistungen zu definieren. Gleichzeitig oder sogar vorgängig müssen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Wir haben weder das eine noch das andere gemacht. Demgegenüber haben wir die Kostenrechnung ohne diese Grundsatzarbeit erstellt. Die politische Diskussion über die Definition der Leistungen ist nicht erfolgt, was für ein positives Ergebnis aber eminent

wichtig ist. Wir haben uns nie wirklich Gedanken dazu gemacht, weshalb wir WoV für Allschwil einführen möchten. Sie erinnern sich bestimmt an die Referate der beiden Vertreter aus Riehen und Reinach an der Informationsveranstaltung. Beide haben mehrfach hervorgehoben, dass das Projekt WoV nur reüssieren kann, wenn von Anfang an alle Beteiligten dahinter stehen und dieses Projekt unterstützen. Beide Referenten haben mehrfach darauf hingewiesen, dass der Weg zu WoV und die intensive Auseinandersetzung mit dieser Materie davon abhängt, wie WoV am Ende wirklich gelebt wird, damit die mit der Einführung von WoV erhofften Verbesserungen auch eintreten werden.

Während der Diskussion an dieser Informationsveranstaltung hat sich gezeigt, dass das Verständnis über WoV und die Erwartungen an WoV von Ihnen allen sehr unterschiedlich sind. Es wurde von verschiedener Seite gesagt, dass man mit der aktuellen Situation in Allschwil nicht zufrieden ist und sich etwas ändern sollte. Was man unter dieser Änderung versteht, ist für den Gemeinderat nicht ganz klar. Aus Sicht des Gemeinderates ist es deshalb sehr wichtig, dass die offenen Fragen geklärt werden und insbesondere gemeinsam Ziele definiert werden, bevor weitere Schritte aufgegleist werden. Es macht keinen Sinn, das bisherige Projekt ohne die klärende Diskussion weiterzuführen. Dafür ist dem Gemeinderat das Geld zu schade, welches wir für dieses Projekt gemäss den Referenten aus Riehen und Reinach ausgeben müssten. Es wurde von einem Betrag von CHF 250'000 bis CHF 500'000 gesprochen. Aus diesen Gründen ist aus Sicht des Gemeinderates das laufende Projekt Kostenrechnung wie weiter zu stoppen. Manchmal macht es Sinn im Interesse einer guten Lösung einen Schritt retour zu gehen, anstelle von blindlings geradeaus zu rennen. Sie müssen sich auch bewusst sein, auch dies kam aus den Referaten damals klar hervor, WoV wäre für Allschwil ein komplett anderes Führungsmodell und für uns alle eine grundlegende Veränderung. Der Gemeinderat erachtet es deshalb als sehr wichtig, dass wir genau prüfen, wo die Probleme, die Sie formulieren, wirklich liegen und ob diese wirklich mit WoV gelöst werden können oder ob es nicht eventuell bessere Lösungen oder Massnahmen gibt. Erst wenn diese Arbeit gemacht ist, besteht eine gute Chance, dass angestrebte Verbesserungen eintreten können, ohne dass wir Fehlinvestitionen machen. Der Gemeinderat ist deshalb der Meinung, dass der Veränderungsprozess nochmals neu angestossen werden soll. Wichtig ist dem Gemeinderat, dass der Prozess breit abgestützt ist. Die Idee ist, dass alle Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, alle Gemeinderäte und Gemeinderätinnen und alle Kadermitarbeitenden an diesem Prozess teilnehmen können. Wir möchten einen gemeinsamen Workshop durchführen und die Fragen, welche sich stellen, klären und mögliche Lösungsvarianten ausarbeiten. Ich stelle Ihnen den Antrag entsprechend dem Gemeinderat zu beschliessen.

Jürg Vogt, Präsident: Ich bedanke mich bei der Gemeindepräsidentin für diese gute Einführung. Es ist eine komplexe Sache, die wir weiter bearbeiten sollten. Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Wir kommen somit zur Beratung.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Unsere Fraktion begrüsst den Entscheid des Gemeinderates zum Marschhalt des bisherigen Weges und die geplante Prüfung eines Globalbudgets. Wir meinen, dass wir für eine externe Moderation mit Diskussionsrunde keinen Kredit brauchen. Wir haben bereits lange Erfahrung mit der geplanten Einführung der Kosten-/Leistungsrechnung mit Kommissionen und externer Beratung. Es hat sich gezeigt, dass dies langwierig, kostenintensiv und ineffizient war. Wir waren lange Zeit fachlich überfordert. Wir denken, es wäre sinnvoller, wir würden stattdessen die bisherigen Globalbudgetlösungen, die es bereits gibt im Kanton Baselland, diverse Gemeinden im Kanton haben dies bereits in verschiedenen Ausführungen eingeführt, vor allem Reinach, prüfen und schauen, ob wir nicht eine der bestehenden Varianten übernehmen können, anstelle dass wir das Rad neu erfinden. Es hätte den Vorteil, dass man Vor- und Nachteile abwägen könnte von bestehenden Systemen und wir könnten möglicherweise ein bestehendes System einführen und ein Benchmarking machen mit dieser Gemeinde. Man sollte hier nicht unnötig Zeit und Geld verwenden und das Rad neu erfinden.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion befürwortet die Anträge des Gemeinderates. Wir sind insbesondere der Meinung, im Gegensatz zu meinem Vorredner, dass eine externe Moderation Sinn macht, weil wir nicht das Modell Reinach übernehmen möchten, sondern etwas gestalten möchten, das auf Allschwil zugeschnitten ist. Dies war sehr deutlich am Informationsabend im Sommer, dass es in Riehen in wesentlichen Punkten anders ist als in Reinach, so wie sich auch die beiden Gemeinden unterscheiden. Grundsätzlich ist es richtig, dass wir weiter machen. Den Marschhalt finden wir sinnvoll. Wir sollten unbedingt wegkommen von der Steuerung über den Input und zur Steuerung über den Output kommen, also was wollen wir. Das ist Sache von uns als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, dies zu diskutieren und uns nachher darauf zu einigen, wohin es mit dieser Gemeinde gehen soll. Dies ist anspruchsvoller für uns als es bis jetzt war, aber es wird auch zu einer Stärkung der Gemeinde führen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion begrüsst diesen Marschhalt auch. Wir nehmen den Marschhalt zum Anlass darüber nachzudenken, wie es überhaupt weitergehen soll und ob das überhaupt noch Sinn macht. Wir haben einleitend gehört, dass der Prozess langwierig und seit mehreren Jahren am Laufen ist. Herr Mollat hat richtig gesagt, dass die Arbeit bis jetzt eher ineffizient war. Wir stellen uns die Frage, ob überhaupt ein konkretes Ergebnis absehbar ist. Wir reden alle viel und es ist kein Ziel ersichtlich. Ich schliesse mich der Gemeindepräsidentin insofern an, dass uns das Geld dafür zu schade ist. Wir von der CVP-Fraktion nehmen diesen Marschhalt zum Anlass zu überdenken, ob wir nicht einen Marschabbruch machen und die Notbremse ziehen sollen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wir von der SVP-Fraktion finden es auch gut, dass wir jetzt einen Halt machen und darüber nachdenken, was wir machen wollen. Wir meinen, dass die Kosten von CHF 45'000 hoch angesetzt sind. Die Frage ist, ob wir das überhaupt brauchen und ob wir das nicht anderweitig machen können. Wir haben das Know-how in der Gemeinde mit zwei Persönlichkeiten, die auf dem finanziellen Gebiet tätig waren und es noch sind. Der Zeitfaktor ist sehr straff. Erstes Quartal, das geht wahrscheinlich nicht mehr, weil wir bereits bald Februar haben. Sinnvoller wäre das zweite Quartal. Man muss sich grundsätzlich überlegen, ob man das überhaupt machen möchte. Den Betrag von CHF 45'000 finden wir zu hoch, CHF 25'000 sollten auch reichen. Zeigen Sie uns bitte auf, für was man das Geld brauchen möchte.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Auch wir von der EVP/Grüne-Fraktion begrüssen den Marschhalt. Wir setzen grosse Fragezeichen bei der Stossrichtung, welche die Gemeinde bei den Workshops gehen möchte. Wir sehen nicht, dass der Einwohnerrat in naher Zukunft parat ist CHF 250'000 bis CHF 500'000 zu sprechen für die Einführung von WoV. Wir finden es, wie auch die Vorredner, besser, wenn wir über realistische Möglichkeiten nachdenken, die weniger teuer sind, aber trotzdem Verbesserungen bringen. Wenn ein Workshop in die Richtung von realistischen Lösungen geht, die nicht viel kosten, aber trotzdem viel bringen, dann sind wir für den Workshop.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Die Idee des Workshops ist, dass wir die Fragen oder Lösungsvorstellungen, die Sie haben, aufnehmen möchten. Am Schluss schauen wir, welche Lösungsvarianten es gibt. Das kann WoV sein, muss aber nicht unbedingt WoV sein, das habe ich vorhin bereits gesagt. Es kommt darauf an, in welche Richtung wir gemeinsam gehen möchten. Es ist ganz wichtig, dass wir die gemeinsame Arbeit zusammen machen. Ich kann es vielleicht nochmals mit anderen Worten sagen. Der Weg ist das Ziel. Wir müssen zusammen auf diesen Weg gehen, das kann nicht der Gemeinderat alleine, der Einwohnerrat alleine oder die Verwaltung alleine machen. Darum ist es für uns wichtig, dass wir das in einem gemeinsamen Workshop erarbeiten können. Zur Frage, ob wir wirklich eine externe Moderation benötigen. Es stimmt, wir haben hervorragende Leute auf der Gemeinde. Aber die Mitarbeit dieser Leute brauchen wir bei der Erarbeitung dieser Fragen. Es kann nicht sein, dass die nachher die Moderation übernehmen, sondern die sollen mitarbeiten können und ihren Input geben können. Am Schluss müssen auch die mit dem zusammen erarbeiteten Produkt arbeiten. Das ist die Sichtweise des Gemeinderates. Darum sind wir nach wie vor der Meinung, dass dies der richtige Weg ist mit der Moderation und diesen Kosten. Ob es am Schluss wirklich CHF 45'000 sind, weiss ich nicht. In den Anträgen steht, dass es ein Kostendach ist. Wir sagen nicht einem Moderator, dass es CHF 45'000 gibt, sondern wir möchten das möglichst kostengünstig machen. Wir brauchen einen Spielraum, sonst können wir die Zusammenarbeit gar nicht in Angriff nehmen. Im Interesse unserer Gemeinde und im Interesse einer fortschrittlichen Gemeinde bitte ich Sie, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe zwei Verständnisfragen zu den Anträgen. Ich bin kein Finanzfachmann und habe zwei Sachen nicht verstanden. Beim ersten Antrag verstehe ich, dass momentan einigermaßen verschiedene Sachen laufen. Es ist mir nicht klar, was jetzt gilt, wenn wir jetzt Stopp sagen. Ich bin auch für Stopp. Aber was gilt, wenn wir jetzt Stopp sagen? Was mir auch nicht klar wurde beim Lesen des Berichts, ist etwas bei Antrag 4. Dort steht, dass Absatz 1 wegfällt, aber mir ist nicht klar, was denn gilt, wenn dieser Absatz wegfällt.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Stopp heisst ein Marschhalt. Alles, was wir bis jetzt erarbeitet haben, Kontenrahmen, Kennzahlen etc. wenden wir nicht mehr an. Das heisst, wir können uns auf das Neue konzentrieren. Das heisst Stopp. Stopp des laufenden Projekts, welches wir an die Hand genommen haben ohne die Grundsatzarbeit zu machen.

Hier noch eine Antwort an Jérôme Mollat. Schade, warst du an der Infoveranstaltung nicht da, dann wäre deine Frage beantwortet worden. Wir hatten eine Begleitung, aber diese Begleitung hat uns bezüglich der Grundsatzfragen nicht begleitet, weil wir die gar nicht geführt haben. Wir sind geradeaus gerannt, ohne vorher zu wissen, weshalb wir dorthin rennen.

Zur Frage von Ueli Keller bezüglich des Antrags 4. Das ist eine Formalität. Im Verwaltungs- und Organisationsreglement steht, dass wir eine Kostenrechnung führen müssen. Diese würden wir in der Zeit, wo wir auf das Neue zugehen möchten, natürlich nicht mehr führen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann geht es um das Geld für die Moderation bei dem Betrag von CHF 45'000. Oder sind das auch noch Sitzungsgelder? Ist dieser Betrag nur für die Moderation und die Sitzungsgelder kommen dann noch dazu?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Die Sitzungsgelder betrifft dies aus meiner Sicht nicht. Es geht um die Kosten für eine externe Stelle für die Moderation und danach noch für die Begleitung für die Erarbeitung der Lösung. Es geht um die Vorbereitung des Anlasses und um die Erarbeitung der Lösungsansätze.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich spreche im Namen der FDP-Fraktion. Wir haben uns dies auch gut überlegt und intensiv verfolgt, auch ich persönlich. Im Moment macht die Verwaltung einfach etwas, das nichts bringt. Sie führt eine Kostenrechnung, welche irgendwo in der Luft hängen bleibt. Es ist Handlungsbedarf da. Der Gemeinderat möchte jetzt, ganz einfach gesagt, zusammensitzen und überlegen, was wir wollen. Um das geht es jetzt grundsätzlich. Das hat man bis jetzt nicht gemacht. Man hat immer davon gesprochen, dass man es so und so machen muss. Aber wir haben nie darüber gesprochen, was wir wirklich wollen. Das Ziel ist nicht WoV, es kann sich etwas entwickeln. Vielleicht sagen wir nach der zweiten Sitzung, dass wir nichts brauchen, aber dann wissen wir es. Der Weg, den der Gemeinderat vorschlägt, ist der richtige.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich möchte zu bedenken geben, wenn wir Marschabbruch machen würden, dass dies bedeutet, dass wir zurückkehren zum System, das wir jetzt haben. Sie haben die Budgetsitzung noch in guter Erinnerung, das ist noch nicht lange her. Sie haben dort vielleicht bemerkt, dass man mit der Finanzbuchhaltung eine Gemeinde von der Grösse von Allschwil nicht steuern kann auf Dauer. Ob das Ziel WoV heisst, ist eine andere Frage. Dass wir diesen Prozess sauber starten sollten, von Anfang an, und dann entscheiden, wie es weiter geht, ist der Weg, den wir jetzt beschreiten sollten. Ich bitte Sie, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wenn wir Allschwil anschauen, wie sich Allschwil entwickelt hat, dann haben wir nicht nur 20'000 Einwohner. Wir haben ein Budget, das gegen CHF 90'000'000 geht, vielleicht wird es mal noch mehr. Wir haben eine Schwelle überschritten, wir sind ein grösseres Unternehmen geworden. Ein grösseres Unternehmen bedeutet auch, dass man die Steuerungselemente so einsetzen muss, wie wir das hier drin auch schon gehört haben, damit der Tanker, der vom Captain und seiner Crew geführt wird, in die richtige Richtung geht. Es ist eine Realität, die wir nicht mehr zurückdrehen können. Wir hatten in den letzten Jahren einen Wechsel beim Gemeinderat und beim Präsidium, wir hatten auch Wechsel in der Verwaltung und beim Kader. Das bedeutete, dass wir gewissen Unruhen hatten, auch in der Finanzabteilung. Jetzt sind Leute hier, die einen Neuanfang machen möchten. Wenn man fair ist, dann müssen wir ihnen diese Chance geben. Wir geben diese Summe, zu viel oder zu wenig, damit sie etwas machen können. Der Präsident hat es gesagt, wir müssen schauen, dass wir von dem, wo wir jetzt nicht zufrieden sind, wegkommen. Das geht nur, wenn wir zusammensitzen, Regierung, Einwohnerrat und Verwaltung, und etwas gemeinsam auf den Tisch legen, damit man danach planen kann. Ich bitte Sie alle, dem zuzustimmen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich war auch an dieser Veranstaltung und ich war da sehr enttäuscht. Ich ging an diese Veranstaltung und dachte, dass ich etwas mitbekomme, wie wir die Verwaltung steuern können. Wir können auch, was wir immer im Hinterkopf hatten, unsere Kosten in den Griff kriegen. Ich weiss nicht, ob ich der einzige bin, der das meint, aber die Idee war, dass wir mit diesem Instrument auch unsere Kosten in den Griff kriegen. An dieser Sitzung wurde eindeutig gesagt von beiden Vertretern von Riehen und Reinach, dass sie, wenn das Geld nicht reicht, einen Nachtragskredit machen. Das Argument der Kosten ist für mich an diesem Abend gestorben. Am Schluss hat der Vertreter des Kantons gesagt,

dass wir eine wirkungsorientierte Verwaltung machen und die Buchhaltung so führen mit den Kostenstellen, aber wir müssen selbstverständlich noch eine Finanzbuchhaltung beim Kanton einreichen. Wenn wir das also machen, müssen wir trotzdem noch eine normale FiBu dem Kanton abliefern. Wir machen also die Arbeit doppelt. Ich erinnere mich auch an die Budgetsitzung, aber nur wegen der Budgetsitzung hier eine solche Übung zu machen, sehe ich nicht ein. Ich sehe auch nicht ein, weshalb ausgerechnet Allschwil etwas Neues erfinden soll. Ich weiss nicht, was es auf dem Markt gibt. Ich habe Angst, dass wir das Rad hier neu erfinden. Wir nehmen jetzt den dritten Anlauf und ich bin sehr skeptisch. Ich bin nicht davon überzeugt, dass wir hier reüssieren können.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Ich war auch an dieser Veranstaltung. Ich war auch enttäuscht, aber nicht ganz aus den gleichen Gründen. Mir hat das Ziel vor Augen gefehlt. Die wirkungsorientierte Verwaltungsführung ist keine reine Finanzangelegenheit, sondern es geht um die Führung. Für Führung muss man entsprechend die Führungsziele haben. Mir hat das gefehlt, ich hatte den Eindruck, dass man noch danach sucht, was man möchte und braucht. Heute Abend tönt es ähnlich, man weiss noch gar nicht, ob man die wirkungsorientierte Verwaltungsführung möchte oder nicht. Man macht einen Workshop, wo auch etwas anderes herauskommen könnte. Wenn man WoV möchte, dann muss man sie wirklich wollen seitens des Gemeinderates und seitens der Verwaltung, und man muss wissen, was es ist. Man muss es als Ziel haben und das fehlt mir. Letztlich ist der Sinn davon, dass wir Kennzahlen haben, damit wir uns messen können. Wenn man Zahlen haben möchte, um sich zu messen, dann muss man auch das Ziel haben, sich zu messen. Es braucht einen Willen zum Wettbewerb. Man muss sich mit einer vergleichbaren Gemeinde messen lassen wollen, um zu lernen von anderen und um den Austausch zu haben. Man muss auch versuchen, dass man möglichst das gleiche Modell hat, damit man sich vergleichen kann. Man kann sich nicht mit Riehen vergleichen, das ist ein anderer Kanton mit anderer Aufgabenteilung zwischen Gemeinde und Kanton. Mit Reinach kann man sich sehr wohl vergleichen. Wir sind etwa gleich gross, wir haben ähnliche Strukturen und die gleichen gesetzlichen Vorgaben. Wenn dies das Ziel ist, dann ist das eine gute Sache, und wenn nicht, dann macht diese Übung keinen Sinn.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Herr Häuptli, WoV ist ein neues oder ein anderes Steuerungsinstrument. Wir steuern über die Leistung und nicht primär über das Geld. Deutlicher geht es gar nicht, wie das an dieser Veranstaltung hervorgekommen ist. Ebenso deutlich hat es sich gezeigt, dass es eben nicht reicht, dass die Verwaltung oder der Gemeinderat dies möchte. Der Einwohnerrat muss dies auch wollen, denn am Schluss müssen Sie alle damit arbeiten. Wenn Sie das nicht möchten und nicht wissen, wie Sie damit arbeiten, dann bringt es nichts. Wenn Sie mir jetzt sagen, dass alles bestens ist für Sie, dann nehme ich das so zur Kenntnis. Am Schluss wird der Einwohnerrat entscheiden, ob auch die anderen alles bestens finden. Ich habe bis jetzt andere Voten gehört.

Jürg Vogt, Präsident: Es geht darum, dass wir die Sache wachsen lassen. Alle müssen das wollen, das kam klar hervor an dieser Veranstaltung. Alle, die gesprochen haben, haben gesagt, dass es alle wollen müssen. Ich habe mich immer gefragt, wie das gehen soll. Wir müssen dies zusammen erarbeiten, da gehören wir Einwohnerräte dazu. Das sind nicht nur die Verwaltung und der Gemeinderat, die das erarbeiten können. Wir Einwohnerräte müssen hier mitarbeiten. Wenn wir nach zwei Sitzungen sagen, dass alles okay ist, dann ist es auch gut. Aber jetzt müssen wir daran arbeiten, das heisst halt Arbeit für die Einwohnerräte. Dazu müssen wir stehen, dafür sind wir gewählt.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich war noch nie an so einer Einführung, ich lese dies ganz unbefangen. Ich habe mich eingelesen und ich stelle fest, dass wir anscheinend bis jetzt nicht so wissen, was wir wollen, weder die Verwaltung noch die Einwohnerräte noch der Gemeinderat. Alle machen irgendetwas, aber keiner macht es richtig. Darum, da schliesse ich mich den Vorrednern an, finde ich es richtig, dass wir einen Stopp machen, zusammen reden, um zu schauen, was wir wollen. Dass es dafür einen Betrag braucht, ist klar. Ob dies dann CHF 10'000, CHF 20'000 oder CHF 40'000 sind, sei dahingestellt. Die ganze Sache kostet CHF 500'000, da ist es jetzt nicht so wichtig, ob wir über CHF 20'000 oder CHF 45'000 abstimmen. Wichtig ist, dass wir es jetzt beschliessen und vorwärts machen.

Roland Naef, parteilos: Ich komme mir so vor wie an der Generalversammlung eines Turnvereins. Man möchte alles behalten, was man seit 150 Jahren hat und man möchte nicht in die Zukunft schauen. Wir sind die grösste Gemeinde im Kanton mit 20'000 Einwohnern. Wenn wir jetzt den Schritt nicht vorwärts machen und moderner werden, und dem Gemeinderat nicht die Chance geben mit uns und der Verwaltung zusammen etwas Neues einzuführen, das zukunftsorientiert ist, dann verpassen wir den Zug.

Am Schluss bleiben wir das Sundgauer Dörfli und keine fortschrittliche Gemeinde. CHF 45'000 sind rund 250 externe Stunden. Von der Verwaltung sollte man niemanden nehmen, weil wir nur weiter kommen, wenn wir das mit einem Externen sinnvoll machen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich möchte noch etwas beisteuern aus den Erfahrungen im Kanton Basel-Stadt. Ganz früher hiess das New Public Management. Gemeinden und das öffentliche Wesen sollten miteinander konkurrenzieren und dadurch kostengünstiger arbeiten, das ist die Kurzfassung. Dann ist man vom NPM weggekommen und kam zur WoV. Der Kanton Basel-Stadt hat entschieden, dass sie WoV machen. Ich kann das, was die Gemeindepräsidentin gesagt hat, voll bestätigen. Das war ein riesiger Aufwand für die Verwaltung. Mich hat das nicht so betroffen, aber ich habe das beobachtet. Die Politik hat nicht wirklich mitgemacht, die Politik hat weiterhin mit den alten Mustern funktioniert. Und dann lohnt sich das wirklich nicht.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Kurt Kneier hat gesagt, dass er enttäuscht war, weil man einfach einen Nachtragskredit machen kann. So wie ich das verstanden habe, hat Reinach das System so, dass man Bedürfnisse hat. In Planungsgruppen aus dem Einwohnerrat wird dies zusammen mit der Verwaltung angeschaut, was dies kostet. Man hat ein Globalbudget und schaut, was man von diesen Bedürfnissen in diesem Jahr abdecken kann. Man geht bedürfnisorientiert hin und schaut, ob das Geld reicht. Selbstverständlich ist es möglich in der Demokratie, dass man auf den einen oder anderen Weg Geld sprechen kann. Dies gibt dann einen Nachtragskredit, wenn das Bedürfnis entsprechend höher ist. Das bedeutet, dass man dann dazu stehen muss, dass man für etwas mehr Geld ausgibt und den Kuchen nicht so verteilt, wie man das aus den Bedürfnissen und der Priorisierung gemacht hat, sondern dies nachbessert. Das heisst nicht, dass wir nicht planen können und nachher die Bedürfnisse zusammen mit der Verwaltung aufbereiten, damit wir die Dienstleistungen, die wir für uns und unsere Einwohner möchten, parat stellen können. Probieren wir das nochmals, nehmen wir die Chance wahr, mit den neuen Leuten, die stabil hier sind, dies zu machen.

Jürg Vogt, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir haben uns intensiv ausgetauscht. Ist die Detailberatung erwünscht? Das ist nicht der Fall, wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass das laufende Projekt „Kostenrechnung wie weiter?“, welches auf die Einführung des Globalbudgets und von WoV fokussiert ist, gestoppt wird.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Der Gemeinderat wird beauftragt, bis spätestens im 2. Quartal 2015 mit externer Moderation einen gemeinsamen Workshop für die Einwohnerratsmitglieder, die Mitglieder des Gemeinderates und das obere Kader der Gemeindeverwaltung zu organisieren.

://:

Diesem Antrag wird mit 25 Ja zu 8 Nein zugestimmt.

3. Der Einwohnerrat genehmigt einen Kredit mit einem Kostendach von CHF 45'000 für die externe Moderation der Diskussionsrunde sowie für die Begleitung bei der Erarbeitung der Lösungsansätze (Entscheidungsgrundlagen hinsichtlich alternativer Führungsmodellen oder Verbesserungen des bestehenden Systems).

://:

Diesem Antrag wird mit 18 Ja zu 11 Nein und 4 Enthaltungen zugestimmt.

4. Der Einwohnerrat stimmt der ersatzlosen Streichung der Ziffer b des Absatzes 1 im Paragraphen 28 des Verwaltungs- und Organisationsreglements zu.

://:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: ich bedanke mich für das Vertrauen, der Gemeinderat freut sich auf die Zusammenarbeit.

Jürg Vogt, Präsident: Ich möchte langsam zur Pause überleiten, aber wir haben noch etwas zu feiern. Alle Einwohnerräte waren dazu eingeladen, weil ich alleine war, dachte ich, dass nur der Präsident eingeladen war. Die Musikschule Allschwil feiert das 50-jährige Bestehen. Die Musikschule hat eine DVD gemacht und an diesem Apéro gezeigt, eine tolle Sache. Es ist genau das, was der Einwohnerrat jetzt machen muss bei der WoV, nämlich zusammen etwas erarbeiten. Die Musikschule hat sich überlegt, was sie zum 50-jährigen Jubiläum machen. Sie machen viele Konzerte, aber sie machten auch noch mit Hilfe der neuen Medien eine DVD, einen Film. Franziska Pausa macht eine kurze Einleitung dazu. Übrigens, der Einwohnerrat hätte auch etwas zu feiern. Er hat einmal CHF 35'000 genehmigt, als die Musikschule die ersten Schritte gemacht hat.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich freue mich sehr, dass er diese Idee hatte. Es war ein sehr schöner Anlass und wir alle können stolz sein auf unsere Musikschule, welche eine DVD produziert hat. Eigentlich ist es ein YouTube-Video. Ich erläutere Ihnen kurz, was mir Hans-Peter Erzer dazu gesagt hat. Die Idee und das Konzept, und vor allem die musikalische Umsetzung, stammt von unserem Gitarrenlehrer, Gernot Rödder. Das Vorbild für die Sprachenvielfalt war das legendäre Lied von Michael Jackson "We are the world". Bei diesem Jubiläumssong werden 21 Sprachen verwendet, welche in den Musikschulfamilien zuhause gesprochen werden. Musikalisch ist die Sache völlig neu und mit eigenen Ideen aufs Papier gebracht worden. Das visuelle Konzept stammt vom italienischen Jungfilmer Miro Thuring aus Rom. Mit einigen wenigen Inputs von Seiten der Musikschulleitung und vom Ideengeber Gernot Rödder. In der modernen Unterhaltungsmusik wird bei einem Song oft eingezählt, also 1 2 3 4. Der Witz bei diesem Video war, dass die Kinder rufen 4 1 2 3. So haben sie die Umstellung vorgenommen und die Postleitzahl von Allschwil integriert. Im visuellen Konzept steht einerseits die instrumentale Vielfalt der Musikschule ganz oben, aber auch der Grundsatz, dass es cool ist an der Schule. Es sollen alle Lehrpersonen drin vorkommen und natürlich möglichst viele Schülerinnen und Schüler, aber auch typische Impressionen von Allschwil, und zwar der Weg der Schülerinnen und Schüler zur Musikschule. Sie können sich darauf freuen, es ist ein grossartiger Film, welchen man auch auf YouTube schauen kann. Ich wünsche viel Vergnügen bei diesem Film. Es geht ein bisschen länger, aber er ist sehr schön. Wenn der Abspann kommt, dann dürfen Sie in die Pause gehen.

[Filmvorführung]

PAUSE

INFO-FENSTER

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich möchte kurz über den Ablauf der Abstimmung Parkraumbewirtschaftung informieren. Dies wurde hier drin angenommen, aber es wurde das Behördenreferendum ergriffen. Es stellt sich die Frage, wie wir das pro und contra den Abstimmenden näher bringen. Die Idee ist, dass die EVP/Grüne-Fraktion, sie haben das Behördenreferendum verlangt, die Stellungnahme erarbeiten und sich alle Fraktionen bei ihnen melden können, um eine gemeinsame Stellungnahme zu verfassen. Bis Ende Februar sollte diese Stellungnahme fertig sein und dem

Gemeinderat übergeben werden. So haben wir noch genügend Zeit, um den Versand zu organisieren. Dies wurde auch so im Büro des Einwohnerrates vorbesprochen.

FRAGESTUNDE

Jürg Vogt, Präsident: Sie haben die Fragen schriftlich vor sich liegen. Wir kommen zur Frage 1.

Flughafen – Massiver Ausbau der Frachtmenge geplant

In den Medien wurde der massive Ausbau plus 20% des Frachtverkehrs beim Flughafen bekannt gegeben.

Wir anerkennen den Standortvorteil des Flughafens für die regionale Wirtschaft. Jedoch muss die Ausweitung des Nachtflugverbotes (22 Uhr – 7 Uhr) zum Schutz unserer Bevölkerung durchgesetzt werden.

Fragen:

1. *Wie ist der Gemeinderat über die Pläne des Flughafens informiert worden?*
2. *Ist eine Aufweichung der Nachtflug- bzw. Wochenendsperrung zu erwarten?*
3. *Welche Massnahmen kann der Gemeinderat treffen, um dies allenfalls zu verhindern?*
4. *Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, um die Lärmemissionen auf die Wochentage tagsüber einzugrenzen?*

Robert Vogt, Gemeinderat: Es geht um den massiven Ausbau der Frachtmenge am Euro Airport. Bei der ersten Frage kann ich sagen, dass wir darüber informiert wurden, dass der Frachtverkehr ausgebaut werden soll. Da wurde mit dem Frachtterminal ein Signal gesetzt. Normalerweise werden wir vom Euro Airport vom Direktor informiert oder von Regierungsrätin Pegoraro, welche im Verwaltungsrat des Euro Airport sitzt.

Die zweite Frage. Der Gemeinderat setzt sich ein für die Nachtruhe und die Wochenendsperrung. Wir möchten die Nachtruhe auch ausweiten, diese darf auf keinen Fall reduziert werden.

Zur dritten Frage, welche Massnahmen der Gemeinderat treffen kann. Die Betriebszeiten beim Euro Airport sind dem Ministerialerlass unterstellt des französischen Staates. Unser Einfluss ist hier nicht so gross. Sie wissen aber, dass wir uns von der Gemeinde Allschwil hier einbringen, wenn es um Vernehmlassungen geht oder ähnliches.

Die vierte Frage kann ich insofern beantworten, als dass wir uns nach Möglichkeit dafür einsetzen, einerseits im Gemeindeverbund Flugverkehr, wo auch acht weitere Gemeinden in der Region involviert sind. Und es sind zwei Gemeinderäte im Vorstand des Schutzverbandes und im Forum für den Flughafen. Ich gehe davon aus, dass mit diesem Engagement dies der grösste Einfluss ist, den der Gemeinderat erwirken kann. Zusätzlich wirken wir bei allen Vernehmlassungen und auf dem politischen Weg darauf hin, dass die Belästigung durch den Euro Airport möglichst gering ist.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat für diese Ausführungen. Ich habe natürlich ein Interesse daran, dass dies öffentlich wird und dass auch die Medien darüber berichten. Sei es, weil er eine Medienmitteilung macht oder dies hier berichtet. Ich hoffe, dass wir entsprechend die Bevölkerung so mobilisieren können, wenn es notwendig wird.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 2, auch von Andreas Bammatter.

Caritas-Markt-Mobil – zu selten genutzt?

Das Caritas-Markt-Mobil ist ein Laden auf Rädern, mit grosser Auswahl günstiger Lebensmittel für armutsbetroffene Menschen. Der Kleinbus steht bei der Kirche St. Peter und Paul in Allschwil und ist jeweils am Montag- und Donnerstagsmorgen geöffnet

Info links:

<http://www.kirche-heute.ch/kirche-heute/beitraege/3aktuell/2014-19-20-Caritas-Markt.php>

<http://www.20min.ch/schweiz/basel/story/Der-Caritas-Laden-bekommt-Raeder-26929724>

Via den Betreibern wurde die SP darauf aufmerksam gemacht, dass sehr wenig Menschen von diesem Angebot wissen bzw. Gebrauch machen.

Fragen:

1. *Ist die Verwaltung über das Angebot informiert?*
2. *Werden entsprechende Informationen an die armutsbetroffenen Menschen weitergegeben?*
3. *Wann und wo geschieht das? Durch wen?*
4. *Gibt es Erklärungen bzw. Hinweise, warum das Angebot so spärlich genutzt wird?*

Arnold Julier, Gemeinderat: Herr Bammatter fragt: Caritas Markt mobil zu selten genutzt? Ich weiss nicht, ob alle hier informiert sind, um was es da geht. Ich möchte darum kurz das Projekt der Caritas, die das mit der Kirche zusammen macht, vorstellen. Vorgesehen war, einen Caritas Marktladen in Allschwil aufzumachen. Sie haben dafür keinen Standort gefunden, der bezahlbar war. Dann kam die Frage des Bedarfs. Ist der Bedarf in Allschwil überhaupt vorhanden bzw. überhaupt im Baselbiet? Es gibt den Markt an der Ochsenegasse in Basel, dieser ist mit Tram 6 gut erreichbar. Andererseits gibt es in Allschwil Aldi und Lidl auf der anderen Seite der Grenze und auch andere Geschäfte in Frankreich. Man hat sich dann dazu entschlossen mit einem Fahrzeug, welches man von Caritas Thurgau erwerben konnte, einen Pilotversuch zu machen, um zu schauen, ob dies in Baselland überhaupt gefragt ist. Über das neue Angebot in Allschwil wurde in der Presse und im Regionaljournal berichtet am Eröffnungstag. Der Bekanntheitsgrad ist dadurch entstanden. Die Logistik für Allschwil war relativ aufwändig, weil die Öffnungszeiten eingeschränkt waren. Das ist für die Kunden und Kundinnen zum Beispiel für Working Poor sind ausgenommen, wenn sie nur am Samstag und an zwei Vormittagen einkaufen konnten, im Gegensatz zur Stadt Basel an der Ochsenegasse. Bei diesem Caritas Marktladen können sie immer einkaufen, man kommt gut dahin und er ist auch anonym. Ob der Standort eine Rolle gespielt hat, kann man nicht gut eruieren. Er steht hinter der Kirche, also nicht ganz öffentlich. Darum haben sie die kritische Grösse für einen Kundenstamm nicht erreichen können, insbesondere wegen den Frischwaren. Die Logistik in Allschwil war relativ schwierig. Vermutlich ist auch die Tatsache, dass der Einkauf nicht so anonym ist, obwohl das Mobil diskret versteckt ist, schwierig. Jeder weiss, wer wo wann dort etwas einkauft. Wie man mir bei der Caritas gesagt hat, wurden gemäss den Angaben von 2014 Rekordergebnisse beim Markt an der Ochsenegasse erzielt. Das heisst, dass auch Leute von Allschwil an der Ochsenegasse einkaufen. Wenn man so eine Karte hat, dann darf man in der ganzen Schweiz damit einkaufen, nicht nur in Allschwil bei diesem Marktmobil. Andreas Bammatter hat vier Fragen gestellt. Ist die Verwaltung über das Angebot informiert? Ja, sie war sogar bei der Entwicklung des Projekts involviert, hauptsächlich die Sozialen Dienste. Der Austausch hat immer stattgefunden.

Frage 2: Werden entsprechende Informationen an die armutsbetroffenen Menschen weitergegeben? Das ist so, alle Sozialhilfebezüger und Sozialhilfebezügerinnen werden auf die Möglichkeit hingewiesen, dass sie dort günstig Lebensmittel beziehen können.

Frage 3: Wann und wo geschieht das und durch wen? Die Informationen erfolgen am Beginn der Sozialhilfeunterstützung durch die zuständigen Sozialarbeiter. Die Betroffenen erhalten einen Ausweis der Caritas, welchen sie zum Bezug berechtigt. Ganz am Anfang haben wir diejenigen informiert, die bereits unterstützt werden, wir haben sie speziell auf diese Möglichkeit hingewiesen. Man hat die Ausweise verteilt an alle, die so einen wollten.

Gibt es Erklärungen bzw. Hinweise, weshalb das Angebot so spärlich benutzt wird? Ich habe das teilweise einleitend bereits beantwortet. Eine Erklärung ist, dass die günstigen Anbieter sowie die Preise in Allschwil und im nahen Ausland gleich hoch oder sogar tiefer sind. Die Einkaufsmöglichkeiten sind anonym und ermöglichen Normalität. Möglicherweise ist es auch das Schamgefühl der Betroffenen, das sie daran hindert davon Gebrauch zu machen.

Die Caritas beider Basel hat beschlossen, das Pilotprojekt frühzeitig zu beenden. Wenn ich richtig informiert bin, dann wird das Marktmobil Ende Januar geschlossen, weil der Aufwand zum Ertrag zu hoch ist.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich möchte mich für diese Ausführungen bedanken.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur dritten Frage von Ueli Keller.

Radon

Im Untergeschoss vom Schulhaus Lettenweg, das laut Mitteilung des Kantons zu den Risikogebäuden gehört, findet der Hauswirtschaft- und Werkunterricht statt.

Fragen:

1. *Inwiefern belastet Radon die Gesundheit der Schüler und Schülerinnen, sowie der dort arbeitenden Lehrpersonen?*
2. *Wie ist die Situation in andern Gebäuden in unserer Gemeinde?*
3. *Welchen Support bietet die Gemeinde für Einwohner/innen, die verunsichert bzw. betroffen sind?*

Radon in Schulhäuser

Bei einer Messung im Schulhaus Lettenweg wurde Radon gemessen. In unmittelbarer Nähe baut die Gemeinde Allschwil das neue Schulhaus.

Fragen:

1. *Wurde auf dem Gelände eine Radonmessung vorgenommen? Falls ja, mit welchem Resultat?*
2. *Was für Massnahmen wurden betreffend Radon getroffen?*

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich werde zu diesen beiden Fragen zusammen antworten, Kathrin Gürtler hat auch eine Frage zu diesem Thema gestellt. Anfangs ein paar Ausführungen, was Radon ist. Radon ist ein Edelgas, welches in Gesteinen entsteht, welche radioaktiv sind, tief im Boden unten. Es kommt sehr darauf an, wie Radon an die Oberfläche kommt. Wir in Allschwil sind mit unseren lehmigen Böden in einer Zone mit einem geringen Risiko für Radon. Das zeigt unter anderem auch die Radon-Karte des Kantons Baselland. Es gibt im Kanton Baselland einen Ort, der rot ist. Das ist Rümelingen. Wer schon einmal in Rümelingen war, der weiss, dass es dort sehr felsig ist. Vor allem bei Felsen ist eine erhöhte Radon-Belastung wahrscheinlich. Es gibt auch bei uns in der Nähe die eine oder andere Gemeinde, wo es eine mittlere Gefahr gibt, wie zum Beispiel Brislach, Büsserach, Roggenburg, Burg im Leimental oder Bottmingen. In Allschwil werden sehr moderate Werte gemessen. Man geht von einem arithmetischen Mittel von 95 Becquerel pro Kubikmeter Raum aus. Wir haben ein sehr geringes Risiko. Beim Schulhaus Letten wurde tatsächlich an einem Ort ein erhöhter Wert gemessen vom kantonalen Laboratorium. Sie haben letztes Jahr ziemlich grosse Messreihen in verschiedenen Schulhäusern des Kantons Baselland, welche dem Kanton gehören, durchgeführt. Dort wurde an einem Ort, und zwar in einer Waschküche, ein erhöhter Wert gemessen, der über dem Richtwert liegt, nicht jedoch über dem zulässigen Wert, wo man Massnahmen ergreifen müsste. Dies auch, weil wir in einem sehr wenig belasteten Gebiet sind. Zu den Fragen im Einzelnen. Inwiefern belastet Radon die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler sowie der dort arbeitenden Lehrpersonen. Radon ist per se nicht gefährlich. Zerfallsprodukte von Radon werden gefährlich, diese können Lungenkrebs auslösen. Es ist das zweitgrösste Risiko an Lungenkrebs zu erkranken nach dem Rauchen. Rauchen ist Ursache für ungefähr 85% der Lungenkrebspatienten und nur rund 10% sind auf Radon zurückzuführen, also rauchen ist viel gefährlicher. Radon muss aber in der Innenluft konzentriert werden. Das heisst, vor allem in der Winterszeit, wenn geheizt wird, bei einer dichten Gebäudehülle, dann wirkt das Haus als Kamin. Wenn überhöhte Werte im Keller sind, dann bläst es diese das Loch hoch. Dies ist beim Schulhaus Lettenweg kaum der Fall, weil das Schulhaus 1955 gebaut wurde und dort hat man eine ganz andere Bautechnik verwendet. Man hat Streifenfundamente gebaut und eine Bodenplatte dazwischen. Da gibt es viele Löcher und viele Durchbrüche durch diese Bodenplatten. Da kann es sein, dass ein bisschen Radon hochkommt. Wenn eine erhöhte Konzentration da ist, dann ist es am einfachsten, wenn man den Keller belüftet. Ich komme nachher bei der Frage von Kathrin Gürtler darauf zurück. Mit Lüften kann man dem abhelfen und es gibt auch verschiedene andere Massnahmen bis hin zu wasserdichten Abdichtungen. Das ist in diesem Fall nicht gegeben, allerdings wird der Kanton, nachdem er fertig gemessen hat, Massnahmen bei diesen Schulhäusern beschliessen, welche er instand halten muss.

Jürg Vogt, Präsident: Entschuldigung Herr Morat, die Einwohnerräte werden angehalten kurze Fragen zu stellen. Ich finde es toll, wenn Sie das so ausführlich beantworten. Aber wenn es wirklich so ausführlich sein muss, dann kann man noch Anschlussfragen stellen. Ich bitte auch die Gemeinderäte möglichst kurze Antworten zu geben.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich halte mich kurz, danke. Wie ist die Situation in anderen Gebäuden? In anderen Gebäuden werden auch Messungen gemacht und diese Ergebnisse werden uns Mitte dieses Jahres vorliegen. Man kann dann, wenn es notwendig sein sollte, allenfalls Massnahmen beschliessen. Welchen Support bietet die Gemeinde für Einwohnerinnen, welche unsicher oder sogar betroffen sind? Die Gemeinde kann nur an das BAG respektive an das kantonale Laboratorium verweisen. Dort hat es Ansprechpersonen, welche solche Messungen vornehmen, oder welche auch bei der Auswertung helfen. Es gibt eine ganze Reihe von Privaten, welche diese Messungen und Interpretationen dazu auch machen können. Die Frage von Kathrin Gürtler kann ich wie folgt beantworten. Auf dem Gelände des neuen Schulhauses, wegen dem habe ich eine Einleitung gebraucht, kann man dies unter freiem Himmel nicht messen. Man muss es in geschlossenen Räumen messen. Wir konnten dort noch gar keine Messungen vornehmen. Aufgrund der Einschätzungen, dass wir ein gering belastetes Gebiet sind, haben wir uns dazu entschlossen, beim Schulhaus mit einer weissen Wanne zu arbeiten. Das heisst, wir haben wasserdichten Beton in allen erdberührenden Bauteilen wie Bodenplatten und Wänden. Das sollte unserer Meinung nach reichen. Wir haben noch einen weiteren Aspekt. Die Räume, wo im Keller Unterricht stattfindet, werden mit einer mechanischen Lüftung bedient. Die Gase würden sich so verflüchtigen. Es entsteht nichts, was für die Schülerinnen oder für die Lehrer gefährlich werden könnte.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich danke für diese Ausführungen. Ich fände es gut, wenn die Gemeinde im Allschwiler Wochenblatt dazu kurz informiert. Die Feststellung, dass Risiko durch Radon da ist, kann verunsichern, Eltern, Schüler und Lehrpersonen.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 4.

Lindenplatzentwicklung

Frage:

1. *Gibt es Workshop-Ergebnisse, die ohne hohen Planungs- und Kostenaufwand sowie sinn- und wirkungsvoll vor der Sanierung der Baslerstrasse umgesetzt werden können?*

Robert Vogt, Gemeinderat: Zur vierten Frage von Herr Keller, EVP/Grüne-Fraktion kann ich sagen, dass wir am Lindenplatz beschlossen haben ein paar Sofortmassnahmen zu realisieren, die uns nichts verbauen für die Zukunft. Wir möchten die Sofortmassnahmen realisieren, sind aber deswegen nicht gebunden in der Zukunft. Wir möchten die Abfallsituation verbessern, indem wir nebst Montag, Mittwoch und Freitag neu auch am Sonntag die Mistkübel leeren. Wir werden die Sitzbänke anders anordnen, damit sich die Leute besser begegnen können. Wir werden die Abfallkübel, welche unmittelbar neben den Bänken sind, weiter weg stellen, damit es nicht zu Geruchsbelästigungen kommt. Wir möchten im Bereich der Spielplätze Tische und Stühle aufstellen, damit dort das Begegnen gut möglich ist. Der wichtigste Punkt: Wir suchen den Kontakt mit den Gastronomie-Betrieben am Lindenplatz, damit wir es endlich schaffen, dort ein öffentliches WC sicherzustellen für diesen Platz.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Danke und super.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 5.

Sicherheit beim Flugverkehr

Frage:

1. *Ist der Gemeinderat bereit, einen Vorstoß für eine aktualisierte Sicherheitsanalyse – die letzte ist im 2001 durchgeführt worden – mitzutragen?*

Robert Vogt, Gemeinderat: Die Sicherheitsanalyse, welche in dieser Frage von Herrn Keller erwähnt wird, ist auch ein Anliegen des Gemeinderates. Wir vertreten das nicht direkt, sondern über den Gemeindeverbund Flugverkehr. Dort ist die Geschäftsstelle in der Gemeinde angesiedelt mit Andreas Dill. Wir haben dort im Sinn vorzustossen, damit eine Sicherheitsanalyse neu erstellt werden muss, weil unserer Meinung nach hat sich die Situation am Euro Airport sehr stark verändert. Es fliegen immer grössere Flugzeuge über Allschwil. Das hat auch mit der Pressemeldung des Euro Airports zu tun, dass bei gleich viel Flugbewegungen wesentlich mehr Passagiere befördert wurden. Es ist deswegen sehr wichtig, dass wir eine neue Risikoanalyse machen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Danke, das ist schön.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen somit zur Frage 6.

Kompensation Kosten 6. Jahrgangsklasse Primarschule

Laut Budget des Gemeinderates kompensiert der Kanton Allschwil Betriebskosten von über CHF 1 Million pro Schuljahr, die durch das Führen der neuen 6. Primarschulklassen entstehen.

Fragen:

1. *Auf welcher Grundlage basiert die Annahme des Gemeinderates, dass diese Kompensation weiterführend gewährleistet ist?*
2. *Und wie viele Jahre rechnet der Gemeinderat damit?*

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich kann auf diese Fragen wie folgt antworten. Frage 1. Gemäss dem Budgetbrief des statistischen Amtes des Kantons Basel-Landschaft wird im Jahr 2015 eine Kompensation von CHF 1170 pro Schüler des Kantons an die Gemeinden geleistet, ausgehend von 877 Schülern, Primarschule, Regel- und Kleinklassen, im 2015 wurden im Budget 2015 CHF 1'026'000 budgetiert. Das ist lediglich die Entschädigung für fünf Monate, da das Schuljahr 2015/2016 erst im August 2015 beginnt. Somit sind bei unveränderten Bedingungen ab 2016 für 12 Monate jeweils CHF 2'450'000 zu erwarten. Das wurde entsprechend im Finanzplan 2015 – 2019 berücksichtigt und ausgewiesen. Die gesetzlichen Grundlagen für die Kompensationszahlung bildet Paragraph 15b des Finanzausgleichsgesetz, welches seit dem 1. Januar 2015 in Kraft ist und vom Landrat am 18. September 2014 beschlossen wurde. Der Paragraph setzt den Betrag für den ganzen Kanton fest. 2015 CHF 14'537'500, ab 2016 CHF 34'890'000. Die Verteilung erfolgt gemäss der Anzahl Primarschüler und Primarschülerinnen pro Gemeinde. Zu Frage 2. Die gesetzliche Grundlage sieht keine zeitliche Begrenzung der Kompensationszahlungen vor.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Danke, da bin ich beruhigt.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen somit zur Frage 7.

Schulraum für die Sekundarschule

Der Kanton hat den Aus- und Renovationsbau der Sekundarschulbauten Breite und Lettenweg um 10 Jahre verschoben:

Frage:

1. *Was bedeutet das für den Sekundarschulteil, der im Schulhaus Bettenacker untergebracht ist?*

Christoph Morat, Gemeinderat: Die Sekundarschule Niveau A zieht im Sommer 2015 ins Schulhaus Breite und Lettenweg ein. Es ist bereits ein Fest geplant. Sie ziehen tatsächlich um und das hat keine Bedeutung, dass diese Schulhäuser erst zu einem späteren Zeitpunkt saniert werden. Wir brauchen das Bettenackerschulhaus, um die sechsten Klassen abzubilden während eines Jahres, bis im 2016 das neue Schulhaus fertig ist.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Danke und Aha.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Frage 8.

Beteiligung am Projekt Bildungslandschaften Schweiz

Frage:

1. Dem Vernehmen nach hat sich Allschwil bei der Jacobs Foundation für eine Aufnahme in die zweite Projekt-Staffel beworben: Stand und Perspektiven?

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Danke Ueli Keller für die Frage. Im Rahmen der Erarbeitung des Berichts des Einwohnerrates zum Postulat betreffend Frühförderung von benachteiligten Kindern im Vorschulalter hat der Gemeinderat für die Umsetzung und die darin enthaltenen Konzepte Sprachlerngruppe für fremdsprachige Kinder im Vorschulalter bei der Jacobs Foundation ein Unterstützungsgesuch eingereicht. Da Projektanträge bereits am 30. Juni 2014 eingereicht werden mussten, ist die Eingabe noch vor der Beratung im Einwohnerrat erfolgt. Weil die Gelder zur Umsetzung der Allschwiler Sprachlerngruppen im Einwohnerrat nicht gesprochen wurden und die Finanzierung und das Ja im Einwohnerrat eine Bedingung war, mussten wir das Gesuch wieder zurückziehen, weil im Einwohnerrat gesagt wurde, dass es zwar ein tolles Konzept ist, aber dass man alternative Finanzierungsmodelle suchen muss. Es wären CHF 20'000 pro Jahr gewesen während vier Jahren, das hätte dort in diesem Rahmen, wie wir das hatten, nicht gereicht. Leider hat in Bezug auf die Perspektive die Steuerungsgruppe der Jacobs Foundation entschieden, dass sie nachträglich keine weiteren Projekte ins Programm aufnehmen. Eine Bewerbung zu einem späteren Zeitpunkt wäre erst nach Beendigung ihrer zweiten Projektphase, also im Jahr 2019, möglich. Voraussetzung dafür ist, dass der Stiftungsrat der Jacob Foundation eine dritte Programmphase überhaupt genehmigen wird.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich sage dazu kurz etwas, denn ich finde das sehr schade. Ich bin Gründer der ersten Bildungslandschaft in der Schweiz im Kleinbasel, Postleitzahl 4057, darum heisst es Bildungslandschaft 4057. Die Jacob Foundation hatte mich als Berater, um dieses Projekt aufzuziehen. Die Jacob Foundation hat ein Stiftungsvermögen von CHF 5'450'000'000. Als ich gehört habe, dass Allschwil sich für die zweite Staffel beworben hat, habe ich mich sehr gefreut. Ich habe dann Informationen erhalten, dass dies irgendwie nicht klappt und wusste nicht, weshalb. Jetzt weiss ich es, aber schade finde ich es trotzdem. Das ist nicht nur ein Verlust für die Weiterentwicklung der Bildung, sondern auch Stiftungsgeld, das flöten geht.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 9 von Maja Meisel.

Kündigungen von zwei Schulleitern

Wir haben entnommen, dass fast zeitgleich zwei Schulleiter die Schule Allschwil verlassen haben.

Fragen:

1. Wie viel Stellenprozent haben diese zwei Schulleiter besetzt?
2. Werden die neuen Schulleiter in den gleichen Stellenprozent gesucht?
3. Was ist für eine Übergangslösung / Stellvertretung geplant?

Daniela Werren Kienzler, SP-Fraktion: Ich beantworte diese Fragen gerne. Die beiden Schulleiter haben zusammen ein Pensum von 160%. Wir besetzen wir diese wieder gleich, davon gehen wir aus, weil die vakanten Stellen der Grössenordnung der kantonalen Vorgabe ab nächstem Sommer entsprechen. Der Schulrat wird eine neue Strategie ausarbeiten und anhand derer genau evaluieren, welche Personen mit welchen Fähigkeiten wir suchen, und dann diese Stellen ausschreiben. Wir sind zuversichtlich, dass wir gute Personen dafür finden.

Wie gewährleisten wir die Übergangslösung? Wir haben uns bereits nach der Kündigung des ersten Schulleitungsmitglieds um eine Übergangslösung bemüht. Wir haben eine erfahrene Person gefunden, welche Aufgaben befristet übernehmen kann. An der Basis laufen Gespräche mit Lehrpersonen, welche

die Funktion von Schulhausvorstehern ad Interim übernehmen können und damit eine Überbrückung garantieren. Marc Arnold wird noch bis im Frühling auf Stundenbasis gewisse Arbeiten abschliessen, damit der Know-how Transfer gewährleistet ist.

Maja Meisel: Danke für die Beantwortung.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen somit zu Frage 10.

Einführung ICT an Kindergärten und Primarschulen Allschwil

Einführung ICT an Kindergärten und Primarschulen Allschwil Beschluss vom 28.08.2013.

Frage:

1. *Wie weit ist die Einführung von ICT an Kindergarten und Primarschulen Allschwil?*

Daniela Werren Kienzler, Schulratspräsidentin: Das ICT-Projekt ist am Laufen. Die Geräte wurden vor den Sommerferien beschafft. Zwischen Sommer- und Herbstferien wurden die Schulhäuser mit Wlan verbunden und sogar auch ein Kindergarten, das Provisorium Wegmatten, ist am Wlan. Mittlerweile besitzen alle Lehrpersonen eine offizielle Allschwil-Adresse. Es muss keine Lehrperson mehr mit der Privatadresse arbeiten, das war ein grosses Bedürfnis. Der Support wird gewährleistet von zwei verantwortlichen Lehrpersonen, welche First Level Support anbieten, und dazu auch eine Ausbildung gemacht haben. Es wird angestrebt, dass noch mehr Personen, diese Ausbildung machen. Die Schulleitung hat ein pädagogisches Konzept erstellt, welches im Sommer 2015 definitiv implementiert werden soll. Auf der gesamten Mittelstufe, 3. – 5. Klasse, sind die PC im Einsatz, vor allem im Fremdsprachen-Unterricht. Lehrpersonen können am Arbeitsplatz arbeiten mit Zugang zum Internet, das war auch ein grosses Bedürfnis. Auch in den Kindergärten sind die Multifunktionsgeräte mit den Laptops gekoppelt. Generell kann man sagen, dass alle kostenrelevanten Entscheide in Absprache mit Martin Naegelin von der IT getroffen.

Maja Meisel, Danke für die Beantwortung, ich finde das super.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 11 von Kathrin Gürtler.

200 Jahre bei der Eidgenossenschaft

Dieses Jahr sind es 200 Jahre, dass das Birseck und somit auch Allschwil zur Eidgenossenschaft gehört. Vorher gehörte dieses Gebiet zum Fürstbistum und stand zuletzt unter französischer Herrschaft.

Fragen:

1. *Was ist in Allschwil für dieses Jubiläum geplant? Wie weit ist die Planung?*
2. *Was ist für die Primarschule geplant?*
3. *Die Gemeinden aus dem ehemaligen Birseck arbeiten bei diesem Jubiläum zusammen. Hat sich Allschwil auch angeschossen?*
4. *Warum war es bisher nicht möglich die Interpellation 200 Jahre bei der Eidgenossenschaft zu beantworten?*

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich möchte diese Fragen alle zusammen beantworten. Allschwil arbeitet im OK für die 200 Jahre Feierlichkeiten von Anfang an mit. Das OK besteht aus verschiedenen Vertretern der verschiedenen Gemeinden des Birsecks. Anfänglich war die Idee, dass wir die Feierlichkeiten nur dann durchführen, wenn alle Gemeinden mitmachen. Man hat schnell gesehen, dass nicht alle Gemeinden feiern möchten. Man hat dann beschlossen, die Feierlichkeiten doch durchzuführen, indem jede Gemeinde selber eine gewisse Art von Feier durchführt und man einen gemeinsamen Festführer herausgibt. Es gibt einen Flyer, wo die einzelnen Aktivitäten der einzelnen Gemeinden, die mitmachen, aufgeführt sind. Lange Zeit wussten wir in Allschwil nicht, wie wir diese

Festivitäten durchführen möchten. Man hat einmal versucht ein kleines Dorffest auf die Beine zu stellen. Dort haben wir leider erfahren, dass nur vier Vereine sich gemeldet haben, wir hätten aber mindestens zehn gebraucht. Wir haben das dann wieder verworfen. Die letzte Idee ist und diese wird im Festführer aufgeführt, dass wir bei der 1. August-Feierlichkeit oder vorher einen Vortrag von Max Werdenberg hören werden über den geschichtlichen Hintergrund, weshalb wir seit 200 Jahren bei der Eidgenossenschaft sind. Die weiteren Aktivitäten der anderen Gemeinden kann ich noch nicht erwähnen, weil noch nicht alles druckfest ist, dies wird aber demnächst der Fall sein.

Was ist für die Primarschule geplant? Eigentlich nichts. Die Frage: Weshalb war es bisher nicht möglich, die Interpellation 200 Jahre bei der Eidgenossenschaft zu beantworten? Es ist nicht ganz so einfach, hier auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Alles, was ich jetzt erzählt habe, war erst in letzter Sekunde klar, sodass ich es hier erwähnen darf. Alle Gemeinden haben Sorge mit ihren Finanzen, deshalb stand dies nicht im Vordergrund.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich bedanke mich für die Beantwortung von meinen Fragen. Bei der Primarschule gibt es vielleicht doch noch einen Primarlehrer, der in die Hosen steigt und für seine Klasse etwas macht. Solche haben wir auch hier im Rat, die immer gut zur Klasse schauen. Es wäre schön, wenn die auch ein bisschen etwas mitbekommen. Die Fragen bei der Interpellation waren so gestellt, dass man sie schnell hätte beantwortet können. Die Fragen, die ich jetzt gestellt habe, sind beantwortet.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen somit zu Frage 13.

Pestalozzigässlein

Das Pestalozzigässlein ist eine wichtige und vielbenützte Verbindung zwischen der Hegenheimerstrasse (Friedhof) und Baslerstrasse. Seit Monaten ist es aber wegen abgrenzenden Baustellen zu.

Fragen:

1. Wann wird das Pestalozzigässlein wieder geöffnet?
2. Warum kann die Baustelle für den Kindergarten Pestalozzi nicht so abgesperrt werden, dass eine Öffnung möglich ist?

Robert Vogt, Gemeinderat: Am Pestalozzigässli sind zwei Baustellen im Gang. Einerseits unser Dreifachkindergarten und andererseits ein privates Vorhaben, ein Riegelhaus. Zu Frage 1. Die Bauarbeiten sind in Kürze abgeschlossen im Frühling. Wir werden vermutlich vor den Sommerferien dieses Gässli eröffnen können. Frage 2, weshalb man es bei der Baustelle absperren musste. Private Wegleitungen wurden in diesem Weg geführt, deswegen musste man den Weg während der Bauzeit aufheben.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich danke für die Beantwortung.

Evelyn Roth, CVP-Fraktion: Wir haben von der Fraktion von der Musikschule keine Einladung erhalten. Ist das in anderen Fraktionen auch so passiert?

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Dann muss ich das auf meine Kappe nehmen. Ich war der Meinung, dass mir Herr Erzer gesagt hat, dass alle Einwohnerräte, nicht die Fraktionen, angeschrieben wurden. In dem Fall ist das nicht so, dann nehme ich das zurück.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe eine Frage an Herrn Pfaff. Wie weit sind wir mit dem Plakatierungsreglement und Reklame?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Das Plakatierungsreglement wird circa Ende 2. Quartal dem Einwohnerrat überwiesen. Wir hatten heute im Gemeinderat die zweite Lesung des Polizeireglements. Das Polizeireglement wird nicht nur das bisherige Polizeireglement ersetzen, sondern auch noch das Hundereglement und das Reitreglement. Diesen grosse Brocken konnten wir heute verabschieden,

und es wird nun an den Einwohnerrat überwiesen. Ich gehe davon aus, dass das Büro noch eine Kommission zur Vorberatung benennen wird. Damit ist es bei uns weg und nun in Ihren Händen bzw. bei der Kommission. Wir haben damit die Möglichkeit den nächsten Brocken anzupacken, nämlich das Plakatierungsreglement. Dazu brauchen wir ein paar Monate und dann kommt das zu Ihnen in den Einwohnerrat.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Am 8. März stimmen wir über das kantonale Plakatierungsgesetz ab, das ist bereits unterwegs.

Roland Naef, parteilos: Wir haben anfangs Jahr eine Mail erhalten von der Verwaltung wegen einem fristlosen Auflösen eines Arbeitsverhältnisses von einer Abteilungsleiterin. Dieses Mail hat so getönt, dass etwas Schwerwiegendes vorgefallen ist. Wenn das Mail an alle Einwohnerräte gegangen ist, gibt es irgendetwas, das wir wissen müssen?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich denke nicht, dass weitere Informationen notwendig sind. Es ist momentan für den Gemeinderat auch gar nicht möglich, da es noch ein hängiges Verfahren ist. Anlass für die Kündigung war kein strafrechtlich relevanter Tatbestand.

Jürg Vogt, Präsident: Ich habe persönlich noch eine Frage an den Gemeinderat. Die Oberwilerstrasse wird während den Bauarbeiten während circa 1,5 Jahren gesperrt. Wie wird der Verkehr umgeleitet? Der grösste Teil des Verkehrs wird über den Herrenweg fahren, wenn man nicht durchs Dorf kann. Kann man beim Herrenweg die Ofenbrennerstrasse auch brauchen als Umleitung, sodass nicht alle zur Endstation 8 müssen? Das wird dort unten sicher massiv überlastet sein. Ich wurde von einem Anwohner angegangen und es wäre jetzt der Moment eine Antwort zu finden.

Robert Vogt, Gemeinderat: In diesem und im nächsten Jahr wird an der Oberwilerstrasse eine grosse Baustelle geführt. Dort müssen wir eine Totalsperrung machen vom Dorf bis zur Ochsenegasse. Aus diesem Grund haben wir uns überlegt, wie die Umleitung aussehen könnte. Wir sind zu einem Splitten gekommen. Das heisst, dass die Umleitung nicht während der ganzen Bauzeit gleich aussehen wird, wir haben das halbiert. Es sind insgesamt vier Phasen vorgesehen. In allen vier Phasen wird der Verkehr, der von Oberwil kommt, über den Herrenweg abgeleitet, er kann also nicht über die Oberwilerstrasse nach Allschwil fahren. Umgekehrt, wenn man von Allschwil in Richtung Oberwil fahren möchte, haben wir vorgesehen, dass man in Phase 1 die Strecke über die Binnigerstrasse und die Ochsenegasse nehmen muss. Im 2016 werden in Phase 3 und 4 die Neuwilerstrasse und der strenge Gartenweg genutzt. Diese Varianten sind das Resultat von einer Untersuchung von mehreren Möglichkeiten. Der Gemeinderat hat deswegen beschlossen, dass man sich auf die einigt. Für alle, die mehr wissen möchten, möchte ich auf den Informationsanlass verweisen am Mittwoch, 4. Februar, abends. Dort informieren wir die Öffentlichkeit.

Jürg Vogt, Präsident: Ist der Ort bekannt, wo das ist?

Robert Vogt, Gemeinderat: Behaften Sie mich nicht, aber ich glaube, er ist um 18.00 Uhr hier in der Aula.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 05.11.2014, betreffend
Abrechnung über den Verpflichtungskredit in der Höhe von
CHF 1'326'000.00 inkl. MWST für den Neubau
des Einfachkindergartens „Ziegelei“
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4061D

Christoph Morat, Gemeinderat: Auch hier kann ich mich relativ kurz fassen. Ich habe drei Sachen zu sagen. Erstens, weshalb kommt der Bericht erst jetzt. Das liegt daran, dass wir noch auf eine Abrechnung der Autoeinstellhalle warten mussten. Wir mussten dort zwei Plätze einkaufen, damit wir unsere Parkplatzpflichten für den Kindergarten erfüllen konnten. Diese Abrechnung kam erst jetzt im Herbst, deswegen kommt das Papier auch erst so spät, obwohl es seit August 2013 bereits in Betrieb ist. Zweitens: Die Meilensteine im Projekt hatten ein hohes Tempo. Das war dank Ihnen und Ihrem Vertrauen, welches Sie der Verwaltung und dem Gemeinderat ausgesprochen haben mit dem Genehmigen des Bau- und Planungskredit, möglich. Wir konnten diese Zeit ausnutzen und haben in einer kurzen Bauzeit den Kindergarten erstellt und fristgerecht den Nutzerinnen und Nutzern übergeben. Drittens, die Kreditabrechnung, da liegen wir rund 11% unter dem Verpflichtungskredit. Der Auftrag des Einwohnerrates ist erfüllt. Bezüglich der Qualität sind die Kindergärtnerinnen, die dort unterrichten, und die Eltern sehr positiv gestimmt. Wir können sagen, dass die Qualität auch erfüllt wurde. Im Namen des Gemeinderates bitte ich Sie dieser Bauabrechnung zuzustimmen. Ich stehe für eventuelle Fragen zur Verfügung.

Jürg Vogt, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Daniela Werren Kienzler, SP-Fraktion: Zum Bericht selber möchten wir nicht viel sagen, der ist sehr gut. Es ist sehr erfreulich, dass er kostenmässig 10% unter dem Kredit ausgefallen ist. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um allen zu danken, die an dem tollen Projekt so speditiv mitgearbeitet haben, damit der Kindergarten in dieser kurzen Zeit bezugsbereit war. Es ist ein grosses Bedürfnis in diesem Gebiet, dass die Kinder dort in den Kindergarten gehen können.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wir sind nicht ganz so euphorisch. Wir sind zwar glücklich, dass der Kindergarten steht und dass die Kosten tiefer als budgetiert sind, aber wenn man so grosszügig budgetiert, dann könnte ich auch im Plus abrechnen. Wir möchten den Gemeinderat beten, auch dort den Gürtel enger zu setzen und genauer und weniger grosszügig zu budgetieren, denn dann sieht es anders aus. Man tut gerne mehr budgetieren, damit man am Schluss sagen kann, dass man gut war, das hat man in der Vergangenheit gelernt. Ich bitte aber, auch hier nicht zu grosszügig zu sein.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Jetzt ist wieder Zeit etwas Positives zu sagen. Namens der Fraktion möchte ich meine Freude zum Ausdruck bringen, dass das Budget nicht nur eingehalten wurde, sondern sogar unterschritten wurde mit 11%. Man muss dem Gemeinderat jetzt nicht den Vorwurf machen, dass das Budget zu grosszügig budgetiert wurde. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass das Budget vom Einwohnerrat genehmigt wurde.

Christoph Morat, Gemeinderat: Danke für diese aufmunternden Worte. Ich möchte ein Zitat von Berti Vogts, ehemaliger deutscher Nationaltrainer, zum Besten geben. Er hat einmal zu seinen Kritikern gesagt: Und wenn ich über das Wasser laufen würden, dann würden Sie sagen, der kann ja nicht einmal schwimmen. Simon Zimmermann, wir haben hier drin damals genau gesagt, weshalb wir nicht in den üblichen 5% budgetieren können. Erstens wegen dem Tempo, das wir gehen mussten. Zweitens wegen dem unsicheren Baugrund, was eine grosse Herausforderung für alle Beteiligten war. Ich bin glücklich, dass wir es so zu Ende bringen konnten. Wir werden in anderen Fällen wieder in den üblichen 5% hier dem Einwohnerrat Antrag stellen. Aber dort, das haben wir gesagt und das ist belegt in den Ausführungen von damals, mussten wir mehr Spielraum haben. Das war aufgrund des Baugrundes und

nicht, um hinterher sagen zu können, dass wir besonders gut waren. An anderer Stelle werden wir dies beweisen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Das ist richtig. Aber wir haben auch darauf hingewiesen, dass es zu hoch ist. Dann hast du lächelnd gesagt, dass man dies brauchen werde. Jetzt wollte ich es hier nochmals klar sagen, dass zu hoch budgetiert wurde, das ist Fakt.

Jürg Vogt, Präsident: Kann der Rat auf die Detailberatung zum Bericht verzichten? Gut, dann kommen wir zum Antrag des Gemeinderates.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Die Bauabrechnung für den Neubau des Einfachkindergartens "Ziegelei" in der Höhe von CHF 1'190'165.40 wird genehmigt.

://

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 17.09.2014, zum Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 20.03.2013, betreffend Bedürfnis- und Umsetzungsabklärung im Bereich Palliativmedizin bzw. Palliative Care in der Gemeinde Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4132 / A

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich habe schon gezittert und gedacht, dass es wieder nicht dran kommt, aber jetzt es geklappt. In den medizinischen Richtlinien und den Empfehlungen der schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaft habe ich gelesen, dass Palliative Care als Oberbegriff verwendet wird, weil es in der deutschen Sprache keinen entsprechenden Begriff gibt. Ich habe dann den Duden hervorgeholt und dort steht: Pallium kommt aus dem Lateinischen und bedeutet weiter Mantel. Care kommt aus dem Englischen und bedeutet Sorgfalt, Sorge, Obhut. Wörtlich übersetzt heisst Palliative Care ummantelndes Sorgen. Das Thema ist so, dass dies ein ummantelndes Sorgen der betroffenen Personen ist. Palliative Care beinhaltet eine umfassende Behandlung und Betreuung von chronisch kranken, schwer kranken und sterbenden Menschen in jedem Alter. Das Ziel ist, den Betroffenen eine möglichst hohe Lebensqualität bis zuletzt zu ermöglichen. Es geht darum, das Leben zu unterstützen und das Sterben als natürlichen Vorgang zu betrachten. Der Tod wird thematisiert, die Angehörigen werden unterstützt, nach Möglichkeit auch über den Tod hinaus. Heute sterben nur 10% der Leute, die jährlich in der Schweiz sterben, plötzlich und unerwartet. Die Mehrheit der Menschen stirbt nach einer mehr oder weniger langen Krankheits- und Pflegephase. In der nächsten Zeit wird eine grössere Anzahl Menschen mehr Betreuung am Lebensende benötigen. Die Menschen werden älter und unheilbare chronische Krankheiten im Alter werden häufiger auftreten. Auch jüngere Patienten mit unheilbaren Krankheiten benötigen über längere Zeit umfassende medizinische und pflegerische Betreuung. Dazu stellen sich im Bereich von Palliative Care Fragen, welche Dienstleistungen braucht es, damit unheilbar kranke und sterbende Menschen umfassend behandelt und betreut werden können. Welche Netzwerke sind vorhanden für unheilbar kranke Menschen und ihre Angehörigen? Wie kann der schwer kranke Mensch in seiner Selbstbestimmung unterstützt werden? Wie werden die Angehörigen und Bekannten von unheilbar erkrankten Personen unterstützt und angemessen miteinbezogen? Auf diese Fragen sind wir im Postulat eingegangen und haben versucht, Sie möglichst ausführlich zu informieren. Auf Bundesebene besteht eine nationale Strategie Palliative Care 2013 – 2015. Diese hat das Hauptziel, dass Bund und Kanton Palliative Care gemeinsam mit den wichtigsten Akteuren im Gesundheitswesen verankern. Schwer kranke Menschen erhalten dadurch in der Schweiz ihren

Bedürfnissen angepasste Palliative Care, damit wird ihre Lebensqualität verbessert. Ein wichtiger Punkt in dieser nationalen Strategie ist die Aus- und Weiterbildung. Diese ist bereits im Lehrplan der Palliative Medizin und den entsprechenden Berufen bereits berücksichtigt und verankert. Ein schwieriger Bestandteil ist die Finanzierung der Palliative Care. Fallpauschalen, die es heute gibt, sind für eine Palliativ-Station nicht geeignet. Der Kanton Baselland hat in Zusammenhang mit der nationalen Strategie 2013 bis 2015 am 30. April 2013 zur Entwicklung eines kantonalen Palliative Care Pflegekonzepts eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Damit die bedürftigen Patienten Zugang zu einer flächendeckenden und gerechten palliativen medizinischen Versorgung haben, ist ein kantonales Versorgungskonzept für Palliative Care für alle Versorgungsstufen unabhängig des Alters und der Krankheit der Patienten erforderlich. In der Region gibt es die mir bekannten palliativen Stationen Hospiz im Park in Arlesheim, Hildegard Hospiz in Basel und die Palliativ-Station Claraspital Basel. Ich habe mich erkundigt, wie die Situation im Kanton ist. Der Kanton hat bis jetzt den Stand der Angebote erhoben, um festzustellen, wo es noch allfällige Lücken gibt. Aus Ressourcengründen können sie dies nicht weiterverfolgen. Andererseits entwickeln die Leistungserbringer im Kanton ihre Angebote weiter. Auch in Allschwil ist die Palliativmedizin ein aktuelles und aktiv bearbeitetes Thema. Das Alterszentrum am Bachgraben hat 2012 ein Konzept Palliative Care erarbeitet, welches den heutigen fachlichen und ethischen Anforderungen dieser Thematik entspricht. Das Konzept stützt auf professionellem Wissen und Wertschätzung und von Akzeptanz geprägter interdisziplinären Zusammenarbeit. Leiden wird gemindert unter Berücksichtigung von körperlichen, geistigen und religiösen Aspekten. Der Schwerpunkt der Beratung und Betreuung liegt bei der Sterbebegleitung und beim Einbezug der Angehörigen. Ebenso ist die Palliativmedizin bei der Spitex und beim Spitex-Personal in Allschwil ein Thema. Entsprechend ausgebildetes Personal ist vorhanden. Auch die privaten Spitex bieten Palliative Care an. Der Gemeinderat unterstützt die Institutionen und fördert die entsprechend Initiativen, soweit dies in unserer Kompetenz und in unseren Möglichkeiten liegt. Im Postulat gibt es drei Fragen. Die erste Frage: Vergibt die Spitex Allschwil Binningen Schönenbuch Pflegeeinsätze im Bereich der Palliative Care fremd? Die Verantwortliche der Spitex bestätigt auf entsprechende Anfrage, dass die Pflegeeinsätze im Bereich Palliative Care nicht an Dritte vergeben werden. Zweite Frage. Sind bei der Spitex Pflegefachleute in Palliative Care ausgebildet? Die Verantwortlichen bestätigen, dass ausgebildete Fachleute in Palliative Care zur Verfügung stehen. Die Frage 3. Ist die Gemeinde bereit, Palliative Care als Kernaufgabe in die Leistungsvereinbarung mit der Spitex aufzunehmen? Das sind wird. Bei der neuen Leistungsvereinbarung mit der Spitex ist Palliative Care als Kerndienstleistung erfasst. Ich hoffe, dass die Fragen beantwortet wurden und Sie dem Antrag des Gemeinderates zustimmen können.

Jürg Vogt, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Gut, dann treten wir auf das Geschäft ein.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich bedanke mich für das Verfassen des Berichts. Palliative Care ist nicht nur für mich, sondern vor allem für die Betroffenen ein brisantes Thema. Vom Inhalt des Berichts bin ich ein bisschen enttäuscht. Ich habe nicht nach den medizinisch-ethischen Richtlinien gefragt, sondern ich habe spezifische Fragen gestellt. Ich habe hier zwei Ausführungen des Berichts, welche Arnold Julier vorher gesagt hat. Diese sind von 2006, also ein paar Jahre überholt. Bei der Palliative Care hat man wieder andere Ansichten und Erkenntnisse. 70% ist eine Abschrift von diesem Bericht. Trotzdem möchte ich erwähnen, dass gerade Kinder und jugendliche Schwerkranke in diesem Bericht gar nicht erfasst sind. Es wurden noch ein paar andere Abschnitte, die grundsätzlich auch interessant sind, nicht abgeschrieben. Eigentlich hätte man diesen Bericht aus dem Internet herunterladen, kopieren und allen Einwohnerräten mit den Antworten des Gemeinderates aushändigen können. Damit hätte man viel Zeit sparen können und den Bericht längstens dem Einwohnerrat geben können. Gemeinderat Julier geht darauf ein, dass das Alterszentrum am Bachgraben Palliative Care erfolgreich eingeführt hat oder sogar Richtlinien erhoben und im Stiftungsrat abgesegnet hat. Meine Frage ging nicht ins Alter, wobei auch dort Palliative Care ein Thema ist. Mir ging es hauptsächlich darum, dass die Menschen, die schwer krank sind, aber vor allem auch die Öffentlichkeit über Palliative Care sensibilisiert werden. Mir liegt das auf, dass in einem Alterszentrum Wert darauf gelegt wird, dass eine Strategie erhoben wird. Das macht mir Angst, man hat bereits an anderen Orten gehört, dass oftmals ältere Leute beruhigt werden und so die Angehörigen und das Pflegepersonal besser ihren Arbeiten und Verpflichtungen nachkommen können. Ich hoffe, dass wir so etwas in Allschwil nie feststellen müssen.

Meine Frage war, ob der Gemeinderat bereit ist, im Bereich Palliative Care initiativ zu werden. Das kann man machen, ohne dass viele Kosten entstehen. Wenn wir einen Betonpfahl auf Allschwiler Boden aufstellen, dann wird ein Referent geholt, wenn wir eine Linkskurve nach rechts verlegen, dann wird ein Referent geholt. Aber dass man sich vielleicht mal Gedanken macht, ob man im Bereich Palliative Care

eine Person hier holen könnten, die auch Tipps geben könnte, wie man vorwärts gehen könnte als Gemeinde in diesem Bereich, da bin ich ein bisschen enttäuscht über die Antworten. Vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation wurden die Ausbildungen ins Leben gerufen. Seit 2012 gibt es Abschlüsse in Palliative Care. Die Universität Basel hat an der medizinischen Fakultät die Stunden in Palliative Care heraufgesetzt, damit die Leute umfassendere Informationen haben. Ich habe gefragt, ob die Spitex ausgebildetes Personal hat. Caritas und das Rote Kreuz bieten Kurse an für Palliative Care. Das wäre nicht das, was man von einer Spitex Pflegefachfrau oder Fachmann erwartet, sondern die Grundausbildung und die spezialisierte Ausbildung, B1 und B2 im Fachjargon. Darauf habe ich eine Antwort erwartet, von der Spitex Allschwil zu erfahren, wie viel Fachpflegepersonal sie haben mit dieser spezialisierten Ausbildung. Diese Antwort hätte ich erwartet. Was ich auch sagen muss, das ist eine allgemeine Aussage, wenn der Gemeinderat sagt, dass er bereit ist Palliative Care zu unterstützen. Die ganze Schweiz unterstützt Palliative Care. Ich habe gehofft, dass der Gemeinderat auf innovative Ideen kommt. Was ich im Bericht gelesen habe zum Dienstleistungsauftrag der Spitex, sehe ich, dass der gleiche Artikel drin steht wie in der Leistungsvereinbarung 2009. Das finde ich unbefriedigend.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Palliative Care ist ein schwieriges Thema. Unter diesen Voraussetzungen finden wir von der SP-Fraktion dies einen guten Bericht. Er macht eine Auslegeordnung mit gewissen Irrtümern, die vielleicht bestehen oder Nichtwissen. Verschiedene Sachen werden richtig gestellt. Es wird gesagt, dass es keine Fokussierung auf Alter und hochbetagte Menschen ist. National besteht etwas und die schwierigen ethischen Fragen, die damit zusammenhängen, werden beantwortet. Wir danken dem Gemeinderat für diesen Bericht und werden dem Antrag zustimmen.

Pascale Uccella-Klauser, 1. Vizepräsidentin: Die SVP-Fraktion möchte sich auch beim Gemeinderat für diese Ausführungen bedanken. Ich möchte gerne etwas zu Frau Misslin sagen. Sie haben nach der Ausbildung bei der Spitex gefragt für Palliativmedizin. Wie Sie wissen, habe ich meinen Sohn verloren. Ich wurde unterstützt von der Kinderspitex Nordwestschweiz. Die haben alle diese Ausbildungen, weil sonst würden diese Leute dies gar nicht schaffen. Es gab zwei Leute, die ich zur Verfügung hatte für mich und für mein Kind, die waren dafür ausgebildet.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Mir ist dieser Bericht zu allgemein verfasst. Ich habe immer auf die konkrete Antwort gewartet auf das, was Jacqueline Misslin geschrieben hat. Der Gemeinderat soll prüfen, wie er in der Gemeinde Allschwil den Schwerpunkt Palliative Care einsetzen, umsetzen oder fördern kann. Sehr ausführlich, fast wie aus einem Lehrbuch der Pflegeschule, wurde Palliative Care allgemein umschrieben. Mir fehlt das gezielte konkrete Vorgehen für Allschwil. Ich möchte nicht, dass dieses Postulat abgeschrieben wird. Wir als Fraktion möchten dies auch nicht, wir möchten es stehenlassen.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion bedankt sich sehr herzlich für den umfassenden Bericht. Wir erachten diesen als sehr ausführlich und für dieses Gremium genug tiefgreifend, damit wir uns eine Meinung bilden können. Wir möchten dafür plädieren, dieses Geschäft als erledigt abzuschliessen. Als Stiftungsrat vom Altersheim am Bachgraben möchte ich zwei Worte verlieren zum Konzept, das wir bewilligt haben im Stiftungsrat, und welches die Leitung des Alterszentrums ausgearbeitet hat. Da geht es nicht darum, wie das Frau Misslin vermutet, die Angehörigen zu beruhigen, damit die Pflegenden in Ruhe arbeiten können und nicht durch irgendwelche Fragen belästigt werden. Es geht klar darum, dass wir klare und eindeutige Abläufe geschaffen haben und eine Rechtssicherheit, damit man schwer kranke Patienten in diesem schwierigen Lebensabschnitt umfassend und gut betreuen kann, damit sie in Würde gehen können.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion möchten unseren Dank zu diesem Bericht aussprechen. Wir beantragen auch, das Geschäft als erledigt abzuschreiben. Ich habe zu wenig Fachkenntnisse, um mehr Ausführungen zu machen. Ich möchte dem Gemeinderat herzlich danken.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Pascale ich möchte dir noch etwas mit auf den Weg geben. Die Ausbildungen in Palliative Care betreffen vorwiegend die Medikation von Opiaten und die Ausbildung gibt es erst seit 2012. Die anderen sind Onkologie-Schwestern, die dies vorher gemacht haben. Das spielt jetzt aber keine Rolle. Ich hätte gerne gewusst, welche Ausbildungen bei der Spitex Allschwil vorhanden sind. Barbara Selinger hat dies richtig gesagt, auf die Frage auf diesen kleinen Satz vermisse ich die

Beantwortung. Ich sage nicht, dass der Bericht schlecht ist, er wurde abgeschrieben von dieser SAMW-Studie. Ich werde das Postulat nicht abschreiben aus Respekt vor diesen Schwerstkranken.

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich kann nicht mehr sagen, ich kann keine Prüfung dort abnehmen, ob sie Palliative Care bestehen. Die haben mir klar bestätigt, dass sie ausgebildete Leute haben. Das Alterszentrum, das wurde von Herrn Bärtsch gesagt, hat ein umfassendes Konzept und genaue Richtlinien, wie man damit umgehen muss. Mehr kann ich hier nicht sagen. Ich bitte Sie, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Jürg Vogt, Präsident: Können wir auf die Detailberatung zum Bericht verzichten? Gut, wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates ab.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat Nr. 4132 „Bedürfnis- und Umsetzungsabklärung im Bereich Palliativmedizin bzw. Palliative Care in der Gemeinde Allschwil“ wird als erledigt abgeschrieben.

//:

Dieses Postulat wird mit 24 Ja zu 9 Nein und 1 Enthaltung abgeschrieben.

//:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

Wir haben im Februar zum Glück zwei Sitzungen. Es stehen wichtige Geschäfte an, Sie werden die Traktandenliste erhalten. Wir haben am Montag bereits wieder Bürositzung. Wir machen die Sitzungen vor der Fachnacht. Ich hoffe und erwarte, dass Sie bei beiden Sitzungen dabei sein können und mitreden. Danke fürs Kommen. Gemeinderat Thomas Pfaff hat heute Geburtstag, ein grosser Applaus. Die Musik hatten wir bereits, wir singen nicht.

ENDE